

und Zahlen ausdrücken, wieviel Opferbereitschaft, wieviel Kraft und Mut unsere Frauen

besonders in den Jahren des schweren Anfanges aufbrachten.

beziehen und allseitig ihre Talente und Fähigkeiten zu fördern und zu entwickeln.

Gesetzliche Gleichberechtigung — der Anfang

Die grundlegenden Rechte der Frau, wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Bildungsmöglichkeiten und die juristische Gleichstellung wurden bald durchgesetzt. Teilweise wurden sie bereits durch Befehle der sowjetischen Militärverwaltung, später durch die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und das „Gesetz über den Schutz von Mutter und Kind und die Rechte der Frau“ verwirklicht. Aber die Gleichberechtigung der Frau im täglichen Leben durchzusetzen ist ein langer, komplizierter Prozeß, der ununterbrochen beeinflußt wird vom jeweiligen Stand der Produktivkräfte, von der geistigen und kulturellen Entwicklung der Menschen und der Gesellschaft überhaupt.

Die grundlegenden Rechte der Frau, die mittels der Arbeiter- und Bauern-Macht verwirklicht wurden, waren von entscheidender Bedeutung, um nun den nächsten Schritt zu gehen. Er bestand vor allem darin, die alten Vorstellungen und Meinungen zu überwinden, die in jahrhundertelangen Ausbeutungsverhältnissen gewachsen waren: die Frau sei minderwertiger als der Mann, ihr Wirkungskreis müsse sich in erster Linie auf den Haushalt und die Erziehung der Kinder beschränken, ihrem Vermögen, an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens teilzunehmen, seien Grenzen gesetzt.

Die Klärung dieser ideologi-

sehen Fragen erwies sich als nicht so einfach, wie die entsprechenden Gesetze zu erlassen. Wir kannten zwar das Ziel, aber den Weg zum Ziel mußten wir uns mühsam bahnen. Zunächst dominierte die Meinung, daß mit der Gewährung der genannten grundlegenden Rechte die Gleichberechtigung der Frau im wesentlichen vollzogen sei. Diese Auffassung gab es sogar in den Gewerkschaften.

Im Jahre 1948 beschloß der Bitterfelder Kongreß der Gewerkschaften, sämtliche besonderen Organe aufzulösen, die bis dahin zur Arbeit mit den Frauen bestanden. Begründet wurde dieser Schritt mit dem Argument: Die Gleichberechtigung der Frau sei im Prinzip verwirklicht, und deshalb bedürfe es keiner Frauenkommissionen mehr. Sie würden nur die Gefahr in sich bergen, die Gesamtverantwortung der Gewerkschaften für diese Fragen abzuschwächen. Sehr bald aber stellte sich heraus, daß das zwar ein gutgemeinter, aber voreiliger Schritt war. Ihm lag der Trugschluß zugrunde, die gesetzlich festgelegte Gleichberechtigung der Frau im wesentlichen als Abschluß des Kampfes der Arbeiterklasse um die neue Stellung der Frau zu betrachten und nicht als die unentbehrliche Voraussetzung, um danach die weitaus schwierigere Aufgabe zu lösen, nämlich die Frau in die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens auf allen Gebieten einzu-

Wie war aber damals die Situation? Die II. Parteikonferenz 1952 beschloß die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus. Jede Arbeitskraft, insbesondere auch die der Frau, wurde zur Lösung der gewaltigen ökonomischen Aufgaben gebraucht. Die Frauen, bereit, an diesem großen Werk mitzuwirken, strömten zu Tausenden in die Betriebe. Aber zahlreiche materielle wie auch ideologische Voraussetzungen mußten erst geschaffen werden. Die Zahl der Kinderkrippen und Kindergärten reichte bei weitem nicht aus. Es mangelte an solchen elementaren sozialen Voraussetzungen wie besondere Garderoben und Waschräume für die Frauen, die Gewährung eines warmen Mittagessens für alle Werktätigen und für die Schulkinder, damit die Frau nach der Arbeitszeit nicht noch Essen kochen mußte und vieles andere mehr. Zugleich — und das war von noch größerer Bedeutung — ging es doch darum, ein grundlegendes Prinzip der Gleichberechtigung der Frau in Angriff zu nehmen, nämlich ihre tatsächliche Gleichstellung im Beruf. In dieser Periode der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus mußten doch zugleich wichtige Voraussetzungen für die Qualifizierung der berufstätigen Frau, für ihren Einfluß auf die Leitung der Produktion, für die praktische Entwicklung ihrer Persönlichkeit im Berufsleben geschaffen werden.

Zahlreiche Betriebsgewerkschaftsleitungen erwiesen sich dem Ansturm der Probleme nicht gewachsen. Die gewerk-